



Newsletter Regina Jäck

Wahlkreisabgeordnete
für Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit herzlichen Grüßen übersende ich Ihnen meinen aktuellen Newsletter, in dem ich Ihnen von meiner Arbeit in der Bürgerschaft und im Wahlkreis berichte. Ich freue mich auf Ihre Anregungen, Wünsche und Fragen.

Wahlversprechen eingelöst: Das kostenlose Schülerticket kommt!

Ab dem neuen Schuljahr erhalten alle Schüler:innen, die in Hamburg wohnen, das Deutschlandticket für 0 Euro. Das bedeutet: Freie Fahrt im gesamten hvv und sogar im gesamten Bundesgebiet!

Mit dem kostenlosen Schülerticket ermöglichen wir den Hamburger Schüler:innen und deren Familien nachhaltige Mobilität und unabhängiges Reisen.

Kinder und Jugendliche können so entspannt und kostenlos zur Schule oder Ausbildungsstätte fahren, Freund:innen besuchen und neue Orte entdecken.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre
Regina Jäck

**Veranstaltung
"Inklusion in
Arbeit und
Beschäftigung"
mit Laura Frick
am 23. April**

In den Elbe-
Werkstätten wollen
wir ab 17 Uhr mit
unserem Podium und
unseren Gästen
diskutieren und
überlegen, welche
Maßnahmen in
Hamburg für eine
inklusive Arbeitswelt
notwendig sind.

Weitere
Informationen zur
Veranstaltung unter
[buero@regina-
jaeck.de](mailto:buero@regina-jaeck.de)

**Nächste
Bürgerschafts-
sitzung am 24.
April ab 13.30 Uhr**

Unter der
Seite [Bürgerschaft
Live - Hamburgische
Bürgerschaft -
Hamburgische
Bürgerschaft](#) kann die
Sitzung am
Sitzungstag live
verfolgt werden.

Für gehörlose
Menschen gibt es
eine Übertragung in
Gebärdensprache.

**Infostand in
Bramfeld:
19. April 2024,
10-12 Uhr**

Am 15. April freuen
mein Kollege Lars
Pochnicht und ich uns
gemeinsam mit den
Kandidierenden für
die
Bezirksversammlung
auf Ihre Themen und
Anregungen.

Sie finden uns von
10-12 Uhr am
Infostand auf dem
Bramfelder
Wochenmarkt.



**Hamburger
Schüler:innen
fahren kostenlos
- durch ganz
Deutschland**

SPD
FRAKTION
HAMBURG

Zum neuen Schuljahr: Kostenloses Deutschlandticket für Hamburger Schüler:innen

Wir haben als rot-grüne Regierungsfractionen mit einem gemeinsamen Antrag den Hamburger Senat ersucht, zum Schuljahr 2024/2025 ein kostenloses Deutschlandticket für in Hamburg wohnende Schüler:innen einzuführen. Mit der kostenlosen Mobilität für Schüler:innen setzen wir einen zentralen Punkt unseres Koalitionsvertrags um. Unser Antrag wurde am 10. April in der Bürgerschaft beschlossen.

Dazu Ole Thorben Buschhüter, unser verkehrspolitischer Sprecher: „Im Wahlkampf haben wir als SPD ein großes Versprechen abgegeben: Wir

wollen einen kostenlosen ÖPNV für alle Schüler:innen, die in Hamburg wohnen. Diese Vision wird jetzt Wirklichkeit. Zum nächsten Schuljahr erhalten Hamburger Schüler:innen ein eigenes Deutschlandticket zum Preis von 0 Euro – das ist eine ganz große Entlastung für Familien in Hamburg. Das kostenlose Ticket ist ein Angebot für nachhaltige Mobilität und wird dabei helfen, viele Hamburger:innen frühzeitig von den Vorzügen des ÖPNV zu überzeugen. Junge Menschen sind künftig eigenständig mobil, ohne auf den Geldbeutel ihrer Eltern angewiesen zu sein. Gerade Familien mit mehreren Kindern werden in erheblichen Umfang finanziell entlastet – auch weil zusätzlich zu Bus und Bahn in Hamburg Ausflüge und Klassenfahrten mit dem neuen Ticket günstiger werden. Das Ticket für Schüler:innen fügt sich damit nahtlos in die Familienstadt Hamburg ein und macht nachhaltige Mobilität für alle erfahrbar.“

Hintergrund

Seit August 2021 konnten Hamburgs Schüler:innen ein stark vergünstigtes HVV-Ticket im Geltungsbereich Hamburg AB erwerben. Nach der ersten Ermäßigung auf 30 Euro zahlen Schüler:innen seit Einführung des Deutschlandtickets im HVV-Schülerabo „SchulSpezial“ noch 19 Euro für ihren Zugang zum ÖPNV. Mit Einführung des neuen Tickets ist Mobilität in Hamburg für Schüler:innen zum Schuljahr 2024/2025 kostenlos erhältlich. Die Mehrkosten werden dabei im Vergleich zum aktuellen HVV-Schülerabo voraussichtlich im Bereich von etwas mehr als 30 Millionen Euro pro Jahr liegen.

Eine schöne Nachricht für Farmsen: Finanzierung für das Lehrschwimmbecken steht

Unser Finanzsenatur Dr. Andreas Dressel konnte eine schöne Nachricht für Farmsen übergeben. Vorbehaltlich der Zustimmung von Senat & Bürgerschaft steht die Zusage der Kofinanzierung von 10,5 Millionen € für den Schwimmbadneubau als Ersatz für das Schwimmbecken im ehemaligen Berufsförderungswerk. Flankiert wird dieser Betrag durch Bundesmittel, die unsere Bundestagsabgeordnete Aydan Özoguz eingeworben hat.





Gemeinsam mit der SPD Farmsen habe ich zum Ostereiersammeln auf der Mahlhauswiese eingeladen. Die Aktion wurde gut angenommen.

Sicherer Hauptbahnhof: „Die enge Abstimmung von Innen- und Sozialbehörde bewährt sich“

Der Hamburger Senat hat Anfang April eine erste Bilanz zur „Allianz sicherer Hauptbahnhof“ gezogen. Seit einem Jahr arbeiten am Hauptbahnhof Mitarbeitende der Polizei Hamburg, der Bundespolizei, der DB Sicherheit und der Hochbahnwache verstärkt zusammen, um Straftaten im und um den Hauptbahnhof herum zu verhindern. Nach Angaben des Senats konnten bislang 13.000 Personen überprüft und 870 Straftaten angezeigt werden, in rund 3.350 Fällen wurde das Hausrecht durchgesetzt. Unterstützt wird die „Allianz sicherer Hauptbahnhof“ durch ein seit heute wirksames Alkoholverbot und ein seit dem 1. Oktober 2023 geltendes Waffenverbot. Zudem soll die Videoüberwachung vor Ort ausgeweitet werden. Ergänzt werden die sicherheitspolitischen Maßnahmen durch vielfältige soziale Hilfsangebote am Hauptbahnhof.

Dazu Sören Schumacher, unser innenpolitischer Sprecher: „Der Hamburger Hauptbahnhof ist mit fast 550.000 Reisenden der am meisten frequentierte Bahnhof Deutschlands. Hamburg ist sich der Herausforderungen, die damit einhergehen sehr bewusst und begleitet diesen Verkehrsknotenpunkt mit der gebotenen sozial- und sicherheitspolitischen Sorgfalt. Als mit dem Ende der Pandemie sich die Aufenthaltsqualität am Hauptbahnhof zu verschlechtern drohte, hat der Senat konsequent reagiert, indem er vor Ort erstmals alle verfügbaren Kräfte bündelte. Es ist bezeichnend, dass die CDU diesen Pragmatismus und die damit einhergehende erhöhte Aufklärungsquote bei Straftaten als Beleg für eine besondere Gefährlichkeit des Hamburger Hauptbahnhofs anführt. Hamburg schaut nicht weg, sondern geht aktiv und gezielt gegen Straftaten und Regelverstöße vor. Mit dem Social Hub Hauptbahnhof gibt es seit April zudem eine enge Verzahnung von Hilfs- und Beratungsangeboten. Die Lage am Hauptbahnhof verbessert sich mit jedem Schritt: mit der Allianz sicherer Hauptbahnhof, einer Ausweitung der Videoüberwachung, Sozialraumläuferei oder dem seit heute geltenden Alkoholkonsumverbot und vielen weiteren Maßnahmen. Die enge Abstimmung von Innen- und Sozialbehörde bewährt sich.“

Sozialraumläufer und Social HUB ergänzen soziale Maßnahmen rund um den Hauptbahnhof

Ergänzend zu der bereits vorhandenen Angebotspalette der Obdachlosen- und Suchthilfe im direkten Bahnhofsumfeld werden durch die Sozialbehörde aktuell weitere Maßnahmen etabliert. Bereits seit 8. März dieses Jahres sind Teams von Sozialraumläuferinnen und Sozialraumläufern im näheren Bahnhofsumfeld unterwegs. Sie dienen als erste Ansprechpartner für Menschen, die hier auf der Straße leben, leisten konkret Hilfe, vermitteln in Hilfen und werben um Verständnis zur Einhaltung der Regeln im öffentlichen Raum. Zudem hat Anfang April die zentrale Koordinierungsstelle „Social HUB Hauptbahnhof“ ihre Arbeit aufgenommen. Sie soll eine noch engere Kooperation und Vernetzung aller im engeren Bahnhofsumfeld tätigen Akteure der Obdachlosen- und Suchthilfe sicherstellen.

Beide Maßnahmen sind Teil eines größeren Maßnahmenpakets, das die Sozialbehörde ergänzend zu sicherheitspolitischen Maßnahmen der Behörde für Inneres und Sport auf den Weg gebracht hat, um den Problemlagen im Umfeld des Hauptbahnhofs zu begegnen.

Unsere Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer: „Wir begegnen den Herausforderungen rund um den Hauptbahnhof durch ein enges Miteinander von sozial- und sicherheitspolitischen Maßnahmen. So flankieren wir die Einrichtung der Alkoholverbotzone durch den Start verschiedener Maßnahmen. Mit dem Social HUB Hauptbahnhof verzahnen wir die unterschiedlichen Hilfe- und Beratungsangebote rund um den Hauptbahnhof noch enger miteinander. Die Frage, welche Person benötigt passgenau welche Hilfe, beantworten wir so zukünftig schneller. Mit den Sozialraumläufern gehen wir vor Ort gezielt auf das Klientel zu, weisen auf Hilfe- und Beratungsangebote hin, fordern aber auch gleichzeitig die Einhaltung von Regeln. Durch die Neugestaltung des August-Bebel-Parks stärken wir das Drob Inn als zentrale Anlaufstelle für drogenabhängige Menschen im Bahnhofsumfeld.“

Soziale Koordination am Hauptbahnhof (Social HUB)

Angesiedelt in der zentral gelegenen Bahnhofsmision beim geschäftsführenden Träger hoffnungsorte hamburg soll der Social Hub Hauptbahnhof ein arbeitsteiliges, sich ergänzendes und abgestimmtes Vorgehen aller Akteure der unterschiedlichen Hilfesysteme am Hauptbahnhof ermöglichen. Durch die noch gezieltere Nutzung der jeweiligen fachlichen Expertisen der unterschiedlichen Einrichtungen werden so Synergien geschaffen. Der Social HUB dient damit als Anschlusspunkt für die verschiedenen sozialen Einrichtungen zur Erleichterung der gemeinsamen Arbeit. Das gilt insbesondere auch bei komplexen Fällen. Als Schnittstelle zwischen den verschiedenen sozialen Akteuren wird er beim Übergang in Hilfeangebot wie z. B. medizinische Hilfen oder Schuldnerberatung vermitteln und die Erreichbarkeit staatlicher Institutionen zur Unterstützung der Perspektivenklärung erleichtern und sicherstellen. Die tägliche Einschätzung der Lage und Situation vor Ort sowie der wichtigsten Handlungsbedarfe gehört ebenfalls zu den Aufgabengebieten der neu

geschaffenen Koordinierungsstelle.

Sozialraumläuferinnen und Sozialraumläufer

Im Fokus der Aufgabe der Sozialraumläuferinnen und -läufer steht, dort wo es notwendig ist, Hilfe anzubieten und zu leisten, und auf die vielfältigen Aufenthalts-, Hilfs- und Beratungsangebote für suchtkranke und obdachlose Menschen im direkten Bahnhofsumfeld hinzuweisen. Dazu gehören unter anderem das Drob Inn, die TAS Spaldingstraße oder die Bahnhofsmision. In diesem Kontext vernetzen sich die Sozialraumläufer eng mit den vor Ort bereits aktiven Akteurinnen und Akteuren der Sucht- und Obdachlosenhilfe sowie weiteren Behörden. Gleichzeitig werben sie beim Klientel für Verständnis dafür, dass bestimmte Regeln im öffentlichen Raum einzuhalten sind.

Die Sozialraumläuferinnen und -läufer tragen entsprechend gekennzeichnete Westen. Durch ihre Sichtbarkeit sind sie für alle Bürgerinnen und Bürger vor Ort direkt ansprechbar und übernehmen so eine Mediationsfunktion. Sie können beispielsweise bei Interessenskonflikten vermitteln, aber auch darüber informieren und aufklären, wie wichtig die unterschiedlichen Beratungs- und Hilfeangebote der Drogen-, Sucht- und Obdachlosenhilfe im Bahnhofsumfeld sind. Die Sozialräumläuferinnen und -läufer sollen so an der Schnittstelle zwischen den Trägern der Sozialarbeit und der Polizei für beide Systeme eine Entlastung bewirken.

Ihr Einsatzgebiet umfasst dabei die den Hauptbahnhof umliegenden Flächen, Plätze und Parkflächen. Ein Fokus liegt hier insbesondere auf der Achse vom Hauptbahnhof über den ZOB, dem Museum für Kunst und Gewerbe, dem Karl-Legien-Platz und dem August-Bebel-Park hin zum Hilfsangebot des Drob Inn. In diesem Gebiet ist täglich jeweils ein Team bestehend aus drei Personen in einem Zwei-Schicht-Modell unterwegs.

Neugestaltung August-Bebel-Park

Nachdem bereits im vergangenen Jahr der Vorplatz des Drob Inns umgestaltet wurde, soll nun der anliegende August-Bebel-Park durch das Bezirksamt Hamburg-Mitte revitalisiert werden. Hierzu soll angrenzend an den Vorplatz des Drob Inns eine Fläche mit hoher Funktionalität für eine größere Personenanzahl hergestellt werden, die einen eingeschränkten Sichtschutz in beide Richtungen ermöglicht. Zur Straße hin sollen neue Bäume gepflanzt werden, die restliche Fläche wird asphaltiert und mit Sitzgelegenheiten und einem Schutz vor schlechtem Wetter ausgestattet. Ein künstlerisch gestalteter Sichtschutzzaun soll diesen Bereich in Richtung Straße abschirmen.

Das Drob Inn als ein zentraler Anlaufpunkt für suchtkranke Menschen im direkten Bahnhofsumfeld soll so gestärkt werden. Zentrales Ziel aller Hilfereinrichtungen rund um den Hauptbahnhof ist es, sowohl obdachlose als auch suchtkranke Menschen möglichst nah an den Einrichtungen zu halten. Dieser Halteeffekt soll dafür sorgen, die Zielgruppen der Einrichtungen möglichst eng an die Hilfs- und Beratungsangebote der Einrichtungen zu binden. Das ermöglicht einen guten Überblick und eine verbesserte Kontrollfähigkeit der Problemlagen – man kennt sein Klientel und kann Menschen direkt und individuell ansprechen und beraten, aber ggf. auch polizeiliche Maßnahmen umsetzen.

Übergangswohnen

Für obdachlose Personen mit sogenannten verfestigtem Aufenthalt in öffentlichen Räumen, die Hilfebedarf formulieren, etabliert die Sozialbehörde an einem ersten Standort in Hamburg-Eimsbüttel das Modellprojekt

Übergangswohnen. Obdachlose, nicht suchterkrankte Personen, die der Straßensozialarbeit gut bekannt sind, können so zur Stabilisierung der Lebenslage und Verabredung weiterer Hilfeprozesse vorübergehend von der Straße geholt werden. Dieses niedrigschwellige Angebot findet unterhalb der Ebene einer Wohnunterkunft oder des Ansatzes von Housing First statt.

Zum Hintergrund der Maßnahmen

Ende September vergangenen Jahres hat die Sozialbehörde die Spitzen der Wohlfahrtsverbände und die Träger der Drogen-, Sucht- und Obdachlosenhilfe eingeladen, um ein gemeinsames Zielbild sowie mögliche Maßnahmen zu diskutieren. Es wurde ein gemeinsamer Weg verabredet, um die vorhandenen Probleme für die hilfebedürftigen Menschen, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, zu verändern. Auch der Leiter des Bezirksamt Hamburg-Mitte sowie die Hauptpastorin von St. Jacobi nehmen an diesen Gesprächen teil. Die oben beschriebenen Maßnahmen sind ein Ergebnis dieser Gespräche, die laufend fortgesetzt werden. Das beschriebene Maßnahmenpaket kann vor diesem Hintergrund laufend angepasst oder erweitert werden.

Jobcenter team.arbeit.hamburg sichert soziale Projekte langfristig

In einer Phase angespannter öffentlicher Haushalte sichert das Hamburger Jobcenter den Bestand der Arbeitsgelegenheiten (AGH) langfristig. Den Projektträgern der in Hamburg aktuell bestehenden AGH wird Jobcenter team.arbeit.hamburg die Möglichkeit eröffnen, bestehende Angebote bis Januar 2026 abzusichern, das heißt statt der üblichen 12 Monate bis zu 24 Monate.

Jobcenter schafft damit Perspektiven für die in den AGH beschäftigten Arbeitslosen, die Tagesstruktur und Teilhabe erfahren. Auch die in den einzelnen Stadtteilen mithilfe AGH geschaffenen Angebote u. a. von Sozialkaufhäusern werden langfristig abgesichert. Zugleich ermöglicht der lange Förderzeitraum den Projektträgern Planungs- und Kalkulationssicherheit sowie strukturelle Effizienzgewinne.

Der Begriff „Sozialer Arbeitsmarkt“ umfasst sowohl die sogenannten Arbeitsgelegenheiten (AGH) für Langzeitarbeitslose als auch die Förderung der Beschäftigung Langzeitleistungsbeziehender nach § 16 i SGB II, dem sogenannten Teilhabechancengesetz. Der Soziale Arbeitsmarkt umfasst insgesamt bis zu 25 Prozent des Eingliederungsbudgets des Hamburger Jobcenters, den weiteren wichtigen Haushaltsposten machen Qualifizierungsmaßnahmen aus.

Jobcenter team.arbeit.hamburg fördert aktuell 920 Arbeitsplätze in

Arbeitsgelegenheiten. In diesen werden Bürgergeldbeziehende, die aufgrund teils multipler Hemmnisse nicht ad hoc andere Fördermaßnahmen in Anspruch nehmen können, sukzessive auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vorbereitet. Dabei werden vielfältige Beschäftigungsverhältnisse realisiert, von gewerblichen und handwerklichen Aufgaben über Dienstleistungstätigkeiten bis hin zu kaufmännischen Tätigkeiten. Stets müssen diese gemeinnützig sein.

Unsere Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer: „Ich freue mich sehr, dass die Angebote des Sozialen Arbeitsmarktes längerfristig gesichert werden und damit weiterhin in sämtlichen Hamburger Bezirken zur Verfügung stehen. Das ist ein gutes Ergebnis für die in den Arbeitsgelegenheiten Beschäftigten und ein Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit, auf das wir zu Recht stolz sein können. Davon profitieren viele Menschen in dieser Stadt.“

Reinhold Wellen, operativer Geschäftsführer der Agentur für Arbeit Hamburg: „Der Arbeitsmarkt unserer Metropolregion ist vielseitig, und die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind offen für Einstellungen – sowohl für Helfer und Helferinnen, als auch für Fachkräfte. Es gibt daher gute Beschäftigungsperspektiven im Anschluss an die geförderten Beschäftigungsverhältnisse.“

Dirk Heyden, Geschäftsführer von Jobcenter team.arbeit.hamburg: „Mit der Entscheidung, die Laufzeit für die AGH von 12 auf 24 Monate zu verlängern, geben wir den in diesem Bereich tätigen Menschen nun Sicherheit bis 2026. Das ist ein großer Erfolg, über den ich mich sehr freue. Wir bieten unseren Kundinnen und Kunden individuelle Unterstützung, um persönliche Chancen wahrzunehmen und eröffnen so weitere Wege in den Arbeitsmarkt.“

Hamburg stärkt Gleichstellung von Frauen

Gleichstellungsbehörde fördert innovative Projekte mit 125.000 Euro

Die Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke fördert sechs zukunftsweisende Hamburger Projekte mit insgesamt 125.000 Euro. Ziel ist es, Vorhaben zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Hamburg weiter zu stärken. Die geförderten Projekte zeigen die Bandbreite des zum großen Teil zivilgesellschaftlich organisierten Gleichstellungsengagements in Hamburg und beschäftigen sich u. a. mit der fairen Verteilung von Sorgearbeit, dem Abbau stereotyper Rollenbilder, Fortbildungsmaßnahmen im Sport- und Wissenschaftsbereich und der Erhebung geschlechterspezifischer Daten im Mobilitätsbereich. Grundlage für die Auswahl der Projekte war die Förderrichtlinie „Förderung von innovativen Projekten mit Bezug zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm (GPR)“.

Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank: „Gleichstellung geht uns alle an. Und die von uns geförderten Projekte zeigen: Alle packen mit an. Von Sport über Mobilität bis hin zu Weiterbildungen für Führungskräfte und der Förderung vom Promovierenden im MINT-Bereich. Mit diesen starken Impulsen sind wir auf dem besten Weg, die Gleichstellung in Hamburg weiter voranzubringen. Ich danke allen, die mit ihren Ideen dazu beitragen und freue mich auf die Umsetzung.“

Geförderte Projekte

Mit dem Projekt „Gleichberechtigt mobil in Hamburg“ untersucht der Landesfrauenrat Hamburg e. V. das unterschiedliche Mobilitätsverhalten von Frauen und Männern in Hamburg. Pinkstinks e. V. verfolgt mit der Neugestaltung ihrer Website und einer begleitenden Plakat- und Social-Media-Kampagne eine nutzungsfreundlichere Aufklärung über Geschlechterstereotype und deren Überwindung. Studentinnen der Ingenieur- und Naturwissenschaften sollen im Rahmen einer Autumn School der Technischen Universität Hamburg auf ihrem Weg zur Promotion unterstützt werden. Der Verband für Turnen und Freizeit e. V. will durch die Förderung Weiterbildungsmöglichkeiten für weibliche Führungskräfte und Trainerinnen anbieten. Dadurch gestärkt werden sollen die Führungskompetenz und das Selbstbewusstsein von Funktionsträgerinnen und Ausbilderinnen im organisierten Sport in Hamburg. Darüber hinaus sollen Trainingsprogramme entwickelt werden, die die Bedürfnisse der Lebensphase von Frauen in den Wechseljahren künftig stärker berücksichtigen.

Im Rahmen der Projektförderung stattgefunden hat Ende Februar 2024 bereits das Equal Care Festival, organisiert vom Landesfrauenrat Hamburg e. V., bei dem Menschen aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung, Forschung und Wirtschaft auf die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit aufmerksam gemacht und gemeinsam Lösungsansätze diskutiert haben.

Neues Mobilitätskonzept für Hamburg: Rot-Grün bringt Fußverkehrsstrategie auf den Weg

Gut ausgebaute, barrierefreie Fußwege spielen für Mobilität, Lebensqualität und Klimaschutz eine wichtige Rolle. Deshalb setzen wir uns für eine Hamburger Fußverkehrsstrategie ein, die den stadtweiten Ausbau von Fußwegen in den Blick nimmt und einen wichtigen Beitrag für die Mobilitätswende leisten soll. Die wichtigsten Schwerpunkte der Strategie sollen anschließend in einen Zehn-Punkte-Plan mit konkreten Maßnahmen zur Verbesserung des Fußverkehrs fließen. Unseren rot-grünen Antrag hat die Hamburgische Bürgerschaft in ihrer Sitzung am 10. April beschlossen.

Dazu Ole Thorben Buschhüter, unser verkehrspolitischer Sprecher: „Bis 2030 sollen 80 Prozent der Wege in Hamburg im Umweltverbund – also klimafreundlich mit dem ÖPNV, Fahrrad oder zu Fuß – zurückgelegt werden. Das ist ein ambitioniertes, aber erreichbares Ziel. Dafür braucht es im Mobilitätsmix nicht nur mehr Bahnen und Busse sowie gute Radverkehrsanlagen, sondern auch attraktive Bedingungen für den Fußverkehr. Fußwege ermöglichen das unmittelbare Erleben unserer Stadt und stellen Mobilität für alle sicher – ganz gleich, ob auf zwei Beinen, mit Rollator oder im Rollstuhl.“

Dass der Anteil der zu Fuß zurückgelegten Wege in den letzten Jahren gesunken ist, sehen wir als Auftrag, uns umso mehr für Fußgängerinnen und Fußgänger einzusetzen. Denn selbst die kürzesten Wege beginnen damit, dass man einen Fuß vor den anderen setzt. Der Senat hat die Bedeutung des Fußverkehrs bereits in seiner Strategie für die Mobilitätswende hervorgehoben und in den Fokus genommen. Hieran wollen wir mit einer stadtweiten Fußverkehrsstrategie anknüpfen, die gelungene Beispiele aus dem ganzen Stadtgebiet aufgreift und verstärkt in die Umsetzung bringt. Um die Verbesserungen für einen attraktiveren Fußverkehr möglichst schnell zu erarbeiten, sollen die wichtigsten Maßnahmen der Strategie bis Ende des Jahres in einem Zehn-Punkte-Plan zusammengefasst werden und eine Roadmap bis zum Jahr 2030 entstehen. Schritt für Schritt schaffen wir so eine neue Grundlage für den Fußverkehr in unserer Stadt.“

Bürgerbegehren "Kein

Abriss der Friedenskirche Berne - Friedenskirche soll bleiben" von der Bezirkspolitik übernommen

Der Hauptausschuss der Wandsbeker Bezirksversammlung hat am 12. März beschlossen, dass die Bezirksversammlung Wandsbek sich den Forderungen des Bürgerbegehrens anschließt und es übernimmt. Das Bebauungsplanverfahren Farmsen-Berne 39 wird nun ohne das Kirchengrundstück Lienaustraße 6 (Flurstück 3658, Gemarkung Farmsen) fortgeführt.

Marc Buttler, Vorsitzender der Wandsbeker SPD-Fraktion: „Wir können als Bezirksversammlung auch durch den Beitritt zum Bürgerbegehren den Abriss der Friedenskirche in Berne letztendlich nicht verhindern, wenn die Kirche an ihren Plänen festhält. Durch diesen Schritt wird vorerst aber kein neues Planrecht auf dem Kirchengrundstück geschaffen, so dass mit der gewonnenen Zeit Kirche und Bürgerinitiative vor Ort in Ruhe gemeinsam weiter nach einer Lösung suchen können, die für alle Beteiligten und den Stadtteil trägt. Gerne werden wir diese Gespräche unterstützen.“

Hintergrund:

Im Zuge des Mitgliederschwunds fehlen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland auch im Bezirk Wandsbek die finanziellen Mittel, ihren umfangreichen Baubestand, insbesondere zahlreiche Sakralbauten, auf Dauer zu unterhalten.

Die vor einigen Jahren aus den beiden Gemeinden in Farmsen und Berne fusionierte Gemeinde der evangelisch-lutherischen Kirche in Farmsen-Berne hat in diesem Zusammenhang beschlossen, den Standort der Friedenskirche im Ortsteil Berne aufzugeben, das dortigen Kirchengebäude abzubauen und ihre weitere Arbeit auf den Standort der Erlöserkirche in Farmsen zu konzentrieren.

Kirchengremien nahmen Kontakt zur Bezirksverwaltung mit dem Ziel auf, im Rahmen der laufenden Planungen des Bebauungsplanverfahrens Farmsen-Berne 39 im Plangebiet Berücksichtigung zu finden, um Planrecht für Zwecke des Wohnungsbaus für das Kirchengrundstück Lienaustraße 6 (Flurstück 3658, Gemarkung Farmsen) zu erlangen. Hierbei stellte sich heraus, dass diese Gremien und hauptamtlichen Vertreter zwar rechtlich hinlänglich legitimiert für ihr Vorgehen waren, ein interner Diskussionsprozess mit den betroffenen Gemeindemitgliedern aber offenkundig vermieden worden ist.

Eine Initiative aus Gemeindemitgliedern meldeten daraufhin am 29.11.2023 das 49. Bürgerbegehren "Kein Abriss der Friedenskirche Berne - Friedenskirche soll bleiben" im Bezirk Wandsbek an, um zu verdeutlichen, dass das Vorgehen der Kirche politisch mehrheitlich nicht getragen wird. Formal wird mit dem Bürgerbegehren die Herauslösung des kirchlichen Flurstücks aus dem laufenden Bebauungsplanverfahren begehrt.

Am 2.2.2024 übergab die Initiative der Bezirksabstimmungsleitung insgesamt 538 Unterschriftenlisten mit dem Ziel der Erreichung des

Drittelquorums nach § 5 Abs. 1 BezAbstDurchfG. Diese brach die weitere Unterschriftenprüfung ab, nachdem sie festgestellt hatte, dass die Initiative das Quorum offensichtlich erfüllt hat. Bis zur Beendigung des Verfahrens darf nunmehr keine dem Bürgerbegehren entgegenstehende Entscheidung durch die Bezirksorgane mehr getroffen werden (Drs. 21-8450). Die Frist zur Abgabe der weiteren Unterschriften endet am 29. Mai 2024.

Rede in der Bürgerschaft am 10. April

Tätigkeitsbericht der Schlichtungsstelle für 2023

Am 10. April habe ich in der Bürgerschaft den Tätigkeitsbericht der Schlichtungsstelle nach § 13a des Hamburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes (HmbBGG) für das Jahr 2023 vorgestellt.

Die Drucksache 22/14720 (Link: [Drucksache 22-14720](#)) ist in den Sozialausschuss überwiesen worden.

Link zur Rede auf meiner Homepage: https://www.xn--regina-jck-x5a.de/wp-content/uploads/2024/04/20240410-163942_20240410-164159.mp4

Erfolg für Hamburgs Initiative: Wettbewerbsnachteile für die Hamburger Hafenwirtschaft abbauen - Optimierung des Verfahrens der Einfuhrumsatzsteuer wird weiter vorangetrieben

Auf langjähriges Betreiben Hamburgs hat sich heute die Finanzministerkonferenz der Länder einstimmig verständigt, die Einführung eines Verrechnungsmodells bei der Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer weiter voranzutreiben. Ziel ist es, das Verfahren endlich substantiell zu verschlanken, zu optimieren und damit Wettbewerbsnachteile insbesondere des Hamburger Hafens, aber auch anderer Logistikhubs in Deutschland abzubauen. Das bisherige Verfahren, in dem die Einfuhrumsatzsteuer zunächst beim Zoll gezahlt werden muss und erst später auf Antrag im Rahmen der Steuererklärung zurückerstattet werden kann, würde dadurch der Vergangenheit angehören. Das Bundesministerium der Finanzen soll nun sämtliche erforderlichen Maßnahmen und Gesetzesanpassungen benennen, die notwendig sind, um mit den Arbeiten zur Einführung des Verrechnungsmodells beginnen zu können.

Unser Finanzsenator Dr. Andreas Dressel: „Unser beharrlicher Einsatz für die Hamburger Hafenwirtschaft und die deutsche Logistikwirtschaft trägt weiter Früchte. Mit unserem heutigen Beschluss setzen wir bei der Einfuhrumsatzsteuer ein klares Signal für mehr Bürokratieabbau und ein neues verschlanktes Verfahren. Mit der Ende 2020 umgesetzten ‚ausgedehnten Fristenlösung‘ konnten wir seinerzeit bereits einen ersten Teilerfolg erzielen – nicht mehr, aber noch nicht weniger. In vielen Fällen wurde damit die von der Wirtschaft vielfach kritisierte notwendige Zwischenfinanzierung der Einfuhrumsatzsteuer teilweise beseitigt und Unternehmen insbesondere in der Corona-Krise kurzfristig zu Liquidität verholfen. Uns ging es aber immer um grundlegende substantielle Änderungen des Verfahrens und damit den Abbau von Wettbewerbsnachteilen – insbesondere gegenüber Rotterdam. Dort wird sogar offensiv mit dem deutschen Wettbewerbsnachteil für den eigenen Standort Werbung gemacht. Insofern freue ich mich, dass sich unser stetiges Bohren auszahlt und sich mit dem Entschluss zur Einführung des Verrechnungsmodells der Start zur weiteren Stärkung des Logistikstandorts Deutschland und des Hamburger Hafens gelungen ist. Es sind noch viele Schritte dafür zu gehen, wir bleiben dran!“

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

Abgeordnetenbüro
Regina Jäck
Neusurenland 107
22159 Hamburg
Deutschland

040-74214997

